

Kammerer Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Nr. 126

Donnerstag, den 2. Juni 1921

49. Jahrgang

Das Programm der neuen Regierung.

(Reichstags-Sitzung vom 1. Juni.)

Am Regierungstische Dr. Wirth, Bauer, Dr. Hofen, Schiffer, Gumbauer, Schmidt, Geyer, Herms, Götter, Braun, Matheuan. Das Gaus und die Erbküsten sind gut besetzt. Präsident Eise eröffnet die Sitzung um 4.20 Uhr. Als einziger Punkt steht auf der Tagesordnung die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

Reichskanzler Dr. Wirth:

Man erwartet von der neuen Regierung ein Programm. Ich werde dieses Programm in einer kurzen Form zusammenfassen, in drei Worten: Befriedigung, Wiederaufbau und Befriedigung. (Läufte bei den Kommunisten: Amnestie!) In dieser Form soll begründet sein, daß wir alle unsere Kraft daran setzen wollen, das deutsche Staatsbüß heranzuführen aus den Wogen der Krisen und Katastrophen in ein ruhiges Fahrwasser friedlicher Entwicklung. Durch Werke des Friedens und des Aufbaues nach außen und nach innen wollen wir zeigen, daß es uns ernst ist mit dem Wagnis einer neuen Zeit, daß wir unseren Verpflichtungen bis zum letzten nachkommen und durch Arbeit und Leistungen die Freiheit des Vaterlandes wiedergewinnen wollen. Die Annahme des Ultimatums hat einen Schlüsselstein gesetzt und unsere Politik in eine bestimmte Bahn gelenkt. Die Lösung der Reichsregierung ist eindeutig und klar. Sie will die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft und loyal erfüllen, sie will den guten Mut haben und von den ganzen deutschen Völkern verlangen, daß es sich anstrengt, Leistungen größerer Art zu vollbringen. Nur dann kann eine Höchstleistung erzielt werden. Hierin erklärt die Reichsregierung die einzige für Deutschland mögliche Politik.

Das Ultimatum

stellt uns kurze Fristen. Einige sind bereits abgelaufen. Wir haben sie innegehalten. Auf finanziellen Gebieten ist die Zahlung einer Milliarde Goldmark erfolgt. Der Reichsfinanzrat weist darauf hin, daß 150 Millionen Goldmark in der bezahlten sind, am 31. Mai sind weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen angeboten worden. In der Frage der Entlastung haben wir alles getan, um unsere Verpflichtungen einzulösen. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Durchführung der Entlastungsbedingungen ist veranlaßt worden. Die Forderungen, die sich auf Marine und Luftfahrt beziehen, sind teilweise erfüllt, teilweise in schrittweiser Durchführung begriffen. Die Ausfuhr von Luftfahrtmaterial ist verboten. Die überhöhten Polizeibehörden sind abgelehnt. Die Gesamtschulden der Polizei sind vermindert auf die vorgeschriebene Zahl von 150 Millionen. Die Vorlage über die Ein- und Ausfuhr von Kriegsgütern geht dem Reichsrat zu. Zur Entlastung der Einwohnerviertel sind bei den Landesregierungen die erforderlichen Anordnungen getroffen. Die Reichsregierung erwartet, daß die Waffenabgabe stündlich erfolgt. Die bayrische Regierung ist der Ansicht, daß nach der Waffenabgabe die bayrischen Einwohnerwaffen nicht mehr unter den Friedensvertrag fallen. Durch das Ultimatum ist der Friedensvertrag aber so interpretiert, daß es nicht möglich ist, die Einwohnerwaffen von der Riste der auflösenden Organisationen zu scheiden. Die Einwohnerwaffen und die Organisation Eiserne Fäuste dürfen auf der Riste stehen. Nur unter dem Druck der Ultimaten hat die Reichsregierung diesen Eingriff in das Vereinsrecht vorgenommen. Sie hat aber auch die Ansichten der beteiligten Landesregierungen den Alliierten mitgeteilt. Der Reichsfinanzrat entwickelt dann ein finanzielles Programm.

Wir müssen durch Taten zu beweisen suchen, wie groß unsere Leistungsfähigkeit ist. Die Freiheit ist selbst mit schwersten finanziellen Opfern nicht zu teuer erkaufte. Notwendig ist ein sorgfältiger Zahlungsplan, der den Gesamtbetrag der Sachleistungen festsetzt und nachweist, wie wir im Innern die Mittel aufbringen wollen. Die Exportentlastungsausfuhr kann dauernd für die deutsche Ausfuhrindustrie nicht in Frage kommen. Hier muß der Reichsfinanzrat mitwirken. Bei neuen Steuerquellen denkt man zunächst an die Kohle. Unser Kohlenmarktpreis ist heute noch niedriger als der Weltmarktpreis. Diese Differenz wird man ausnützen müssen. Wo noch Besitz-

teuern durchzuführen sind, muß das geschehen. Es kommt in Frage eine Aufnahme der Körperschaftsteuer, der Wertschöpfungssteuer, die vor allem die Spekulation erfassen soll. Es handelt sich nicht darum, neue Steuern zu schaffen, sondern die bereits vorhandenen durchzuführen. Die bisher erschlossenen Besteuerungen müssen vollkommen ausgeschöpft werden. Die Vermögens- und Einkommensteuern müssen möglichst schnell durchgeführt werden. Um eine Aufnahme der indirekten Steuern werden wir nicht herumkommen. Wesentlich ist eine Erhöhung der Einnahmen aus dem Branntweinmonopol, der Biersteuer, der Befreiung der Vermählung der Tabaksteuer, eine höhere Besteuerung des Zuckers und des Süßholzes, wobei die Frage eines Kaffeemonopols entschieden werden muß. Die Einkommensteuern werden stärker anzuziehen sein. Die Steuern auf Grund und Boden müssen in moderne Formen gebracht werden. Die Goldwerte werden herabgesetzt. Wir brauchen neben den Krieg- und Reparationsgewinnen. Die Ausfuhrindustrie der Verleumdung muß aufhören. Die Währungsfrage soll später gelöst werden. Der Reichsfinanzrat entwickelt dann kurz sein Wirtschaftsprogramm, das darauf hinausläuft, höhere Produktion und geringere Einfuhr zu erzwingen. Unsere Wirtschaftspolitik ist durch das Ultimatum festgelegt. Die Einfuhr von Luxuswaren muß möglichst eingeschränkt werden. Dabei müssen wir aber auch die volle Verfügung über unsere Reichsrenten haben. Notwendig ist eine Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, Verwendung von Motoren anstelle der Zugtiere, Beseitigung der Bodenfrucht durch Kultivierung der Bodendüngung, die Förderung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, stärkere Förderung in den Kohlen-, Salz- und Erzabbau, Verwertung der Holzabfälle, Ausbau der Handelsflotte und der Kanäle. Auch unsere Industrie muß auf den Höchststand gebracht werden. Deutschland muß Agrar- und Industriestaat sein. Landwirtschaft und Industrie müssen in Zukunft gemeinsam arbeiten, um uns über die Not der Zeit hinwegzusetzen. Die inneren Gegensätze müssen möglichst zurückgestellt werden. Wir müssen den Willen haben, das vordrücken zu lassen. In allen Schritten des Vorgehens muß jener soziale Geist herrschen, der die Arbeitsfreudigkeit vermehrt. Der Reichsfinanzrat gedenkt dann der Kämpfe in Oberschlesien.

Dort sucht der Feind durch Gewalt vollendete Tatsachen zu schaffen. Dieses Land, das der internationalen Kommission im Zustande des Friedens und der Entlastung übergeben wurde, ist jetzt dem Terror der Verwüstung und der Verwüstung anheimgegeben. Es ist kein deutsches Land, das zu Deutschland gehört und das man ihm nicht rauben darf. Die Abstimmung hat sich ungewissheit für Deutschland entschieden. Während Teile an Polen fallen, so wären sie dem Feind ausgeliefert. Polen ist gänzlich auf Oberschlesien angewiesen, da es selbst Kohlen- und Erzabbau hat, die es nur zu entwickeln braucht. Deutschland hat sich bereit erklärt, Polen mit oberirdischen Erzeugnissen zu beliefern, bis es selbst damit versorgt ist. Die deutsche Grenze nach Oberschlesien ist gesperrt. Die politische ist jedoch offen. (Hört: Hört.) Das deutsche Volk hängt mit leidenschaftlichen Herzen an Oberschlesien. Oberschlesien kann von Deutschland nicht getrennt werden. Oberschlesien darf nicht ein neuer Brandherd werden, der Europa aufs neue in Flammen setzen kann. Der Reichsfinanzrat bezieht dann die politischen Debatten in Paris und London und erklärt, daß Ober- und Niederschlesien der Prüfung darüber sein wird, ob es der Entente wirklich ernst ist mit der Verwirklichung der Demokratie in Europa. Durch die Annahme des Ultimatums ist uns die Freiheit im Innern erhalten worden. Die Wertschätzung ist die Reichsregierung, an deren Durchführung wir eifrig arbeiten wollen. (Lärm bei den Kommunisten.) Die Regierung wird jedem Versuch eines gewaltsamen Eingriffs auf die Verfassung entschieden entgegenzutreten. Der Ausnahmezustand soll möglichst bald aufgehoben werden. Für Hamburg ist er aufgehoben. Die Ernährungslage hat sich etwas gebessert. Die Regierung will mit allen Mitteln die landwirtschaftliche Produktion heben und eine Preisentlastung erreichen. Das deutsche Volk hofft, daß in der Welt der Sinn für Recht und Gerechtigkeit zu neuem Leben erwachen wird. Das deutsche Volk hat übermäßig großes geleistet. Man sollte daher seine Schwächen nicht vergrößern. Welche wirtschaftlichen Gestaltungen und Reformen notwendig sein werden, läßt sich noch nicht sagen. Der Reichsfinanzrat schließt mit der Aufforderung an alle diejenigen, die beim Wiederaufbau mitarbeiten wollen, die Reichsregierung zu unterstützen. (Beifall.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte verläßt sich das Haus auf Donnerstag.

Preussischer Landtag.

(Sitzung vom 1. Juni.)

Im preussischen Landtag gab es einen stürmischen Auftakt vor Eintritt in die Tagesordnung. Die Kommunisten wollten den Bericht des Rechtsanwaltes über die Sondergerichte auf die Tagesordnung gesetzt wissen. Wie vorausgesehen war, wurde Widerspruch erhoben, so daß dem Antrag nicht stattgegeben werden konnte. Darob großer Lärm und Herr Paul Hoffmann holte sich zwei Ordnungsrufe. Man überließ sodann den Entwurf über das Wahlprüfungsgericht dem Verfassungsausschuß, während der Zentrumsantrag auf Annahme eines Entwerfes betr. Ordnung von Nachtragsanträgen durch die Gemeinden dem Wünsche des Antragstellers entsprechend noch einmal in gründlicher Ausdebatte durchgegangen werden soll. Die sich hieran dann anschließende Fortsetzung der Aussprache über die Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgaben brachte an Sachlichem nichts Neues, doch war die Aussprache nicht ohne Reiz. Im Mittelpunkt stand ein Redegefecht zwischen dem Abg. Kats und dem Präsidenten Reimert, der in seiner Eigenschaft als Abgeordneter auf schwere Angriffe sich verteidigen mußte. Hatte doch Herr Kats den hannoverschen Oberbürgermeister Herrn Reimert sogar als Drogengeneral bezeichnet, hatte er ihn doch wegen der Erhöhung der Milchpreise in Hannover als Mitschuldiger an dem großen Kindersterben hingestellt und ihn wegen Verwendung von Sparkassengeldern durch die Stadt Hannover beschuldigt, daß unter seiner Mitwirkung die Spamer um ihr Geld betrogen wurden. Herr Reimert mußte allen diesen Angriffen Rede und Antwort stehen. Sojournistisch war aber dann der Verlauf der Sitzung, als in dem Abg. Bießer von den Dausch-Hannoveranern dem schon so schwer angegriffenen Reimert ein neuer Angriff entfiel, der sogar für das während des App-Putches in Hannover gestiftete Blut den Oberbürgermeister verantwortlich machen wollte. Die Antwort, die der Abg. Meineri gab, wird der Partei des Angreifers noch lange in den Ohren klingen. Soll doch gerade diese Partei, nach der Darstellung des Redners, es gewesen sein, die seine Mitwirkung bei der Erhebung der Revolution in Hannover herbeigewünscht hatte. Des Hauses hatte sich während dieser Aussprache eine große Erregung bemächtigt. Man fühlte nach dem Staatsanwalt, und als der sozialdemokratische Führer die Reden beendete, sie hätten die Hilfe des Auswärtigen angerufen, um die Selbständigkeit Hannovers zu erreichen, da hätte man lebhafteste Proteste im Hause. So endigte diese Aussprache, deren Thema lautete: Kommunal-, Kreis- und Provinzialabgaben.

Es folgte der Hauptgegenstand des Tages, der desamationale Antrag auf Abänderung des Gesetzes über Groß-Berlin. Man will durch die Abänderung eine Stärkung der Selbständigkeit der Verwaltungsbereiche und Einschränkung der Zentralgewalt erlangen. In der Begründung dieses Antrages führte Abg. Koch (Berlin D.-L.) aus: Das Gesetz über Groß-Berlin ist lächerlich. Als Groß-Berlin in die Erscheinung trat, hat Berlin in einem halben Jahr so viel Geld verwirkt, als in den vorausgegangenen 5 Kriegsjahren. Am 1. April 1921 hatten die Schulden Groß-Berlins 5 Milliarden überschritten. Dabei betragen die realen Werte nur 3 Milliarden. Will sich die Staatsregierung nicht um die Dinge kümmern? Die Stadt Berlin trägt es sogar, eine Vitrinstraße von 8 Millionen für die freie Volksbühne zu übernehmen. (Hört: Hört.) Gestern Abend sind in einem Aktzuge 20 Millionen bewilligt worden. (Erneutes Hört: Hört.) Das Aufschreiben der Staatsregierung muß zu Aufschreien führen. Es ist unglücklich, mit welcher blutigen Dilettantismus in Berliner Magistrat auf Kosten der Steuerzahler gearbeitet wird. Ueber eine Million Rentner sind nicht abgehoben, weil sie im freien Handel zuliegen zu bezogen sind. Ein Posten Speise hat einen Verlust von 20 Mill. ergeben. Dem Unternehmertum wird Konkurrenz gemacht und diese Unternehmer sollen dann die Steuern aufbringen. 5000 Arbeiter werden zu drei beschäftigt. Das ist der Terror der Verleumdung und Arbeitsverleumdung. (Sehr wahr! rechts.) Das muß ja schließlich anders werden. Wir verlangen eine Stärkung der Selbstverwaltung innerhalb Groß-Berlins. (Beifall: rechts.) — Abg. Hirsch (Soz.): Ein großer Teil der Schäden, die der Vorredner der neuen Berliner Verwaltung vorwirft, sind auf das Konto der früheren Verwaltung zu setzen, in der die Sozialdemokraten auf Grund des Dreiklassenwahlrechts die Mehrheit besaßen. (Sehr richtig: bei den Soz.) Freilich lassen die finanziellen Verhältnisse zu wünschen übrig. Dem Magistrat muß es fortan zusetzen, ungeheuerliche Verschwendung der Beamten zu beanstanden. Die Zeit zur Abänderung des neuen Gesetzes ist noch nicht gekommen. Deshalb lehnen wir die beiden Anträge ab. — Abg. Dr. Feilbig (D. V.): Die Widerstandsfähigkeit gegen die Politik der Straße zeigt sich besonders stark in Berlin. Zu

der Verfassung arbeiten unerfahrene Männer. So kam es nicht Wunder nehmen, wenn wir in Groß-Berlin vor einem Chaos stehen. — Abg. Kats (D. V.): Spricht sich für die gründliche Ausdebatte aus.

Die Begründung wird abgebrochen. Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte über den kommunikativen Antrag, die Aussprache über die Sondergerichte auf die morgige Tagesordnung zu setzen. Der Antrag wird abgelehnt. (Beifall: bei den Kommunisten.) — Donnerstags: Einbringung des Haushalts. Die Straßensanierung des Abg. Schölem (Komm.) wegen Hofverrats. Weiterberatung. Kleine Vorlagen.

Die Fraktionen zum Regierungsprogramm

Gestern sind unmittelbar nach der Rede des Reichskanzlers die Fraktionen zusammengetreten, um zu der Rede des Reichskanzlers Stellung zu nehmen. Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei hat noch keine Rede gehalten. Das Blatt glaubt aber aus dem Munde, daß es auf dem Standpunkt steht, daß das einmal unterzeichnete Ultimatum auch loyal durchgeführt werden müsse, die Möglichkeit einer Unterbrechung des Regierungsprogramms durch die Volkspartei schließen zu dürfen. Mit Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei habe man innerhalb der Koalitionsparteien an die Einbringung eines ausdehnlichen Reaktionsgesetzes verzichtet und sich auf eine Formel geeinigt, die angibt, daß der Reichstag die Erklärung der Regierung zur Kenntnis nehmen und sich damit einverstanden erklären, daß die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Wie das Blatt glaubt, dürfte für diese Formel auch die U. S. V. stimmen. Es scheint so also eine Mehrheit für das Regierungsprogramm gesichert zu sein.

Englisch-französische Erklärungen in München.

(TU) Da der Ministerpräsident v. Kaas bereits ist, mußte gestern sein Stellvertreter, der Kultusminister, folgende Erklärung des Münchener englischen Gesandten Stubs entgegennehmen: „Ich bin beauftragt, kategorisch zu erklären, daß die Anwendung der Sanktionen nur vermieden werden kann, wenn Bayern die im letzten Ultimatum geforderten Bedingungen restlos erfüllt, das heißt, die Einwohnerwehren nicht nur entwarfne, sondern auch auflöst.“ Im Namen seiner Regierung gab der französische Gesandte Dard eine ähnliche Erklärung ab, die noch brücker klang.

In Pariser politischen Kreisen nimmt man an, daß Frankreich die Aufhebung der Abrüstungsmaßnahmen vorschlagen wird, sobald Deutschland die für den 30. Juni geforderten Abrüstungsmaßnahmen durchgeführt hat.

Militärische Besetzung von ganz Oesterreich?

(TU) Der Wiener Korrespondent des „Globe“ glaubt zu wissen, daß die Entente bei einer Fortsetzung der Anschließbewegung eine militärische Besetzung von ganz Oesterreich vornehmen wird. Stellen würde Tirol und Salzburg, Jugoslawien, Kärnten und Steiermark und die Tscheco-Slowakei das übrige österreichische Gebiet besetzen. Auch der „New-York Herald“ weist auf die möglichen Folgen der Anschließbewegung hin. Stellen würde jedoch besetzen können und Jugoslawien auf neue die Ufer der Prava als Grenze nehmen. Auch andere Zwangsmaßnahmen würden zu erwarten sein, insbesondere die Verweigerung von Krediten.

Der Strafantrag im 3. Kriegsschuldigen-Prozess.

(TU) Nach Beendigung der Zeugenvernehmung erklärte der militärische Sachverständige General v. Franke, sein Gutachten und führte u. a. aus, daß die Verhandlungen der beiden letzten Tage kein erfreuliches Bild von dem Lager ergeben hätten. Die Gegenpartei hätten den Gehorsam verweigert, und man habe ihnen noch einen Fußballplatz eingerichtet. Die Nachmittagspause habe sogar Gefangene betrunken gemacht. Ein Lichtbild sei nur das Verhalten des Angeklagten, der immer ein guter Soldat gewesen sei. Und dieser Mann werde hier auf die Anklagebank gebracht. Es sei fest, daß Neumann ein unehrlicher Soldat gewesen sei. Sodann habe fest, daß Neumann Gefangene bei der Arbeit mit dem Kolben geschlagen habe, ohne daß diese Widerstand geleistet hätten. In diesem Falle müsse die Verhandlung angenommen werden. In den Fällen der Arbeitsverweigerung lag eine äußerliche Gefahr und zwingende Not nicht vor, die den Angeklagten berechtigt hätte, von dem Kolben Gebrauch zu machen. In 11 Fällen seien Verhandlungen erwiesen. Der Oberstaatsanwalt beantragte eine Gesamtstrafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Der erste Verteidiger, Rechtsanwalt Burje-Stein, plädierte in den meisten Fällen auf Freisprechung. Donnerstag mittig wird das Urteil verkündet.

Weitere Nachrichten.

„(Es darf nicht wieder sein.)“ Am Sonntag fand in Newport eine große Beerdigung zu Ehren 5000 gefallener amerikanischer Soldaten statt, die von Frankreich nach Amerika gebracht worden waren. Hierbei hielt Präsident Harding eine Vaterländische Ansprache, worin er erklärte, er wolle nicht behaupten, daß das heutige Zeitalter angebrochen sei, und daß es niemals wieder einen Krieg geben werde, aber er wünsche, daß die Vereinigten Staaten in ihrer Liebe zur Gerechtigkeit eine so starke Macht darstellten, daß niemand es wagt, ihren Jura herauszufordern. Er legte dann einen Kranz auf den Sarg des amerikanischen Soldaten, der als erster auf europäischem Boden gefallen war, mit den Worten nieder: „Es darf nicht wieder sein.“

Zu den Unruhen in Kgypten wird noch gemeldet, daß bereits vor Sonntag mittags ein englischer Soldat, drei Italiener und zwölf Kgypter getötet waren. Als die Menge erfuhr, daß vier Personen heimlich begraben worden seien, steigerte sich die Unruhe. Es wurden Kundgebungen veranstaltet, die vier Begrabenen wurden aus ihren Gräbern geholt und ein neues feierliches Beisetzungszeremonie gemacht. Den Toten wurde als den Helden der Freiheit gehuldigt, die Geschäftsleute mußten ihre Läden schließen, die Häuser wurden illuminiert. Nach den Beisetzungsfeierlichkeiten zog die Menge durch die Straßen Alexandriens mit dem Ruf: Wir haben keine Angst vor den Geschossen der Soldaten Englands! Wieder mit Unruhe. Doch Haghi. In einer Resolution sprachen die Bewohner von Alexandria dem gegenwärtigen Kaiser ihre Mißtrauen aus. Dieses trage die Verantwortung für die Unruhen. Die Menge forderte den Sultan auf, die Minister ihres Amtes zu entheben. Diese Entscheidung wurde in einer von 6000 Personen besuchten Versammlung angenommen. Am 3. Juni morgens wurden im ganzen Lande 130 Tote und 130 Verwundete als Opfer der Kämpfe gezählt. Es wurde ein „Streikmüßiggang“ erklärt. Nach der Versammlung empfing der Sultan den Prinzen Aziz, Hassan, der die Versammlung organisiert hatte. Englische Truppen unter dem Befehl des Generals Montague-Bates sind in Alexandria eingetroffen. Der General übernahm die Verwaltung der Stadt.

(Verfälschte Agitation der Dortenländer.) Vor einigen Tagen ging die Nachricht durch die Presse, daß die Anhänger der Rheinischen Republik sich in großen Geldverleihen befänden. Gegenüber dieser Meldung erklärte die Telegraphen-Union aus sehr zuverlässiger Quelle, daß die tatsächlich vorhandenen Geldverleihen geringfügig seien. Bei den Freunden des Gedankens der Errichtung der Rheinischen Republik herrscht die Hoffnung, daß es ihnen möglich ist, durch Unternehmungen kaufmännischer Art laufend größere Beträge aufzubringen zu können. Schon in nächster Zeit ist mit verstärktem Einsetzen der Agitation zu rechnen. Diese wird sich besonders an die Hausbesitzer wenden mit der Begründung, daß das Verhalten der preussischen Regierung werde das Hausbesitzertum systematisch unterminieren, die beste Abwehr dagegen bestünde in der Errichtung einer selbstständigen Rheinischen Republik.

Gegen einen schimpflichen Vorwurf hatte sich der Bankbeamte Rothgier vor einer Berliner Strafkammer zu verantworten. Er befand sich seit 1915 in französischer Gefangenschaft und war in den Lagern St. Gervais-Serpt und Moenne als Dolmetscher tätig. Seine mitgefangenen deutschen Kameraden erhoben, nachdem sie nach Deutschland zurückgekehrt waren, die schwersten Beschuldigungen gegen Rothgier, von dem sie behaupteten, er habe sie gegen Bezahlung durch die Franzosen bei diesen verurteilt und angeklagt, so daß sie ein wahres Hölleleben führen mußten, während er am Tische der Franzosen saß und schmelzte. Rothgier habe stets sein Essen aus der französischen Küche bezogen und über große Beträge in französischem Gelde verfügt, was allen anderen Gefangenen streng verboten war. Diese und andere schwere Beschuldigungen hatten die Bezahlung des R. zur Folge. Vor Gericht bestritt der Angeklagte die Richtigkeit dieser Angaben und beantragte die Ladung bezw. konfirmatorische Vernehmung des französischen Lagerkommandanten Blanche, welche die Unrichtigkeit seiner Beschuldigungen bezeugen werde. Die Verhandlung nahm eine überraschende Wendung, da das Gericht es für zweifelhaft hielt, ob nicht auf Grund des § 7 des Einführungsgesetzes in Anwendung gebracht werden müsse, und vertagte die Verhandlung. Auf Antrag seines Verteidigers wurde der Angeklagte jedoch aus der Haft entlassen.

Schlechter Erat. „Du, Peter, komm her, Du kommst auf meinen Knien reiten.“ „Onkel, auf einem richtigen Esel reite ich viel lieber!“

Großmutter: „Peter, ich würde doch nicht das Dreppengeld der Unterwerfung!“

Peter: „Das kann ich auch gar nicht mehr, Großmutter!“

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit denen Inhalt der Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingefandt.)

Am 2. Juni. (Der politische Einfluss des Handwerks.) Mit der Forderung der Stellung des Handwerks als Berufsstand ist auch sein politischer Einfluss in erster Linie gegeben, das beweist am besten die Aufnahme des neuen preussischen Landtags, der 27 Handwerksvertreter zu seinen Mitgliedern zählt. Wenn gleich dieses Ergebnis — rein zahlenmäßig bewertet — noch keineswegs ein glänzendes genannt werden kann, so liegt doch darin im Verhältnis zur Zahl der Handwerker in früheren Parlamenten ein bedeutender Fortschritt. Dieser „politische Einfluss“ kommt dem Handwerk ausserordentlich zu Gute, da mit dem Besitztum in der Handwerkskammer zugleich eine große Erweiterung der Macht und der Rechte der Volkvertretung durchgesetzt wurde; man braucht nur einige wichtige Probleme, wie sie etwa die Verwaltung der Steuern, das Suchen nach der Form für die Verwirklichung der Sozialversicherung und die Kommunalverwaltung betreffen, heranzugreifen, um den Wert einer starken Handwerksvertretung in unserer großen Parlamenten schon zu lernen. Aber auch in den Provinzialparlamenten und in den Städte- und Kreisparlamenten ist sich eine Zunahme der Vertreter des Handwerks festzustellen, so daß auch dort in den meisten Fällen die Handwerksvertreter namentlich in Fragen der Berufsberatung und -verbesserung, der Festlegung der Kommunalsteuern und besonders auch der Kulturverbesserung vertreten sind. Am Reichstag des vorigen Jahres sind die Handwerksvertreter vorwiegend noch etwas spärlich, indessen bezeugt der steigende Einfluss des Handwerks in allen übrigen Körperschaften zu der sicheren Hoffnung, daß es in Zukunft auch im höchsten Parlament der Nation in einer Größe vertreten sein wird, die seine wirtschaftspolitischen Bedeutung entspricht.

Fritz Cornelius
Johanna Cornelius
geb. Freisendorf
Vermählte.

Oberaden, den 2. Juni 1921. 2593



Gestern abend 10 Uhr entschlief sanft und gottgegeben nach langem Leiden infolge Altersschwäche unser lieber, guter Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Invalide
Hubert Vehring
Veteran von 1866, 1870/71

im Alter von fast 77 Jahren, wohl vorbereitet durch den Empfang der heiligen Sterbesakramente.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kamen, Säckkamen, Kappenberg, Lünen, Werne, Münster, Sandbochum, den 1. Juni 1921.

Die Beerdigung findet am Freitag, den 3. Juni, nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause, Hammerstr. 70, aus statt. Das feierliche Seelenamt ist Samstag, morgen 7 Uhr in der Pfarrkirche zu Kamen. 2611

Auf Teilzahlung!!

Herren- Anzüge	Burschen- Anzüge	Covercoats Regen- Mäntel	Damen- Kostüme
Damen- Mäntel	Kinder- Anzüge	Herren- u. Damen- Stoffe	Manufaktur- Waren

Max Mischkowski, Dortmund,
Steinstr. 60. Ausgang Nordseite Hauptbahnhof.

Bequeme Abzahlungen!

Kranke Frauen Männer

welche bisher keine Hilfe fanden, versuchen Sie mein komb. Heilverfahren bei
Einschnitten als Krampfadern, Entzündungen, Geschwüren, geschwollenen Beinen, Steifheit, eingewachsenen Nägeln, Hautleiden, jeder Art Krätze, Stränge, Hautverfärbung, Hautfärbungen, Fäulnis, u. u. u.
Frauentumoren, Hämorrhoiden, Bluthusten, Nerven, Magen-, Galle- und Leberleiden, Gicht und Rheumatismus, Wasserleiden, Krämpfe (Hysterie),
Bandwürmer, Spitz- und Hakenwürmer werden in 2 Stunden schmerzlos und gefahrlos entfernt.
Verschieden werden operationslos nach dem Dr. Reimannschen System behandelt.

Niweiss Naturheilkunstinstitut Dortmund,
Viebrunnstraße 20 an der Viebrunnstraße.
Alteilles Institut am Wege, keine Sanitätsbesuche.
Sprechstunden täglich (außer Dienstags) von 9 bis 12 Uhr und 2 bis 5 Uhr, Sonntags nur vormittags. 2590

Umgepreßt

wird jeder

Herren- und Damen-Hut
(Stroh und Filz)

in eigener Werkstatt schnell und billig. 1986

Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße.

Geschäftsbücher

Tagebücher,
Kassabücher,
Hauptbücher,
Kopierbücher usw.,

in großer Auswahl vorrätig, empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung
Weststraße 10.

Wilhelm Hagemeier jr.
Möbel-Ausstattungs-Geschäft

Verkaufsräume
Uana u. Kamen

Schreinerei
Gesellschaftsstr.

1447

Soeben eingetroffen!

- la. Maistuttermehl 100 Pfund 115.-
- la. große Heringe Stück 35 u. 50 Pig.
- la. holländische Heringe Stück 70 Pig.
- la. Weizengries Pfund 1.90
- la. Kaffee frisch geröst., Pfd. 20.-, 22.-, 24.-
- la. Salatöl Liter 15.50
- la. Kernseife 250 Gr. schwer, 3 Doppelst. 7.-

Gehr. Sirringhaus
Hammerstr. 194. Weststr. 4.

Empfehle:

- la. fetten Speck, gesalzen Pfd. 7.50
- la. dicken Rückenspeck Pfund 9.50
- la. fetten Speck, geräuchert Pfd. 8.50
- la. Speck, durchwachsen und geräuchert 11.00
- la. reines Schweineschmalz Pfd. 10.50
- la. Büchsenfleisch (Kornedbeef) Pfd. 7.-

Joh. Hüsten

Wesstraße 22.

Renanfertigung sowie Anspolstern

Sofas und Matratzen

Liefert prompt und billig

M. Reinberg, Weststraße 24,
Sattler, Polsterer und Dekorateur.

Empfehle mich zum Spannen
von Stores und Gardinen.

Mut Belkum.

Vom 2. Juni 1921 ab wird in den Geschäften auf Zuckermärkte Nr. 12 pro Kopf außer der üblichen Menge von 350 Gramm drei Pfund Cinnamonzucker ausgegeben. Die Abholung hat in den Geschäften, in denen die Sonderzuteilung auf Nr. 11 empfangen ist, spätestens bis 9. Juni zu erfolgen.

Die Kleinverkaufspreise sind für gemahlene Zucker die bereits bekanntgegebenen Höchstpreise, für braunen Zucker 5,20 Mk. und für weißen Zucker 5,30 Mk. je Pfund. Die Geschäfte haben den Zucker bis spätestens 9. Juni an die Untertasse zu bezahlen.

In Altenbörge und Bönen werden neben der üblichen Ration Inlandsmehl von 125 Gramm 750 Gramm Auslandsmehl zum Preise von 3,85 Mk. je Pfund auf Mehlmarkt Nr. 23 ausgegeben.

Lebensmittelamt.

Walz- haferfutter

hat abzugeben

Eng. Gofelwit, 2598 Oststraße.

Ein ostpreussisches 2568

Milchschaf

mit Wolle zu verkaufen.

Meißner, Dorf 49.

Kaninchen

zu verkaufen. 2609

Oftemauer 30.

Baufrüher sucht

möbl. Zimmer

mit oder ohne Pension in Kamen oder Umgebung für sofort.

Näheres in der Gesch.

der Kamener Zeitung.

2 Brüder suchen so-

fort

Kost u. Logis

Näheres in der Ge-

schäftsstelle. 2578

Schäftsstelle.

Mietthler.

Mutterberatung

am Freitag, um 4 Uhr

im Gemeindehaus.

Krieger- und

Landwehr-Verein

Kamen.

Zur Verdingung des

Kameraden

Hubert Vehring

tritt der Verein am Frei-

tag, den 3. Juni, nach-

4 Uhr im Schützenhof an.

Der Vorstand.

Bürger-Schützen-

Verein Kamen.

General-

Versammlung

Samstag, den 4. Juni

1921, abends 8 1/2 Uhr im

Schützenhof.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht.

2. Rechnungslage.

3. Sommerfest.

4. Verschiedenes.

2602 Der Vorstand.

Leiden Sie?

an Flechten, Hautausschlag,

Hautjucken, Pickeln, Finnen,

Schorf, Krätze usw., dann

gebrauchen Sie **Terrae's**

Hellwolle. Erfolg über-

schend. — Stück M. 6.

Zu haben in den Apotheken

und Drogerien.

Verkaufsstelle:

Löwendrog. Klinkmann.

Junger 2585

Schneidergehülfe

für sofort gesucht.

Schneidermeister

Fritz Bergmann,

Niederaden.

Für unsere Buch- und

Schreibwarenhandlung

suchen wir ein

Lehrmädchen

Nur junge Mädchen mit

guten Schulzeugnissen

wollen sich melden.

Kamener Zeitung

G. m. b. H.

Kamen, Weststr. 10.

Suche zum sofortigen

Eintritt ein in allen Haus-

arbeiten erfahrenes, tüch-

tes Mädchen

gegen hohen Lohn und

gute Verpflegung. 2577

S. Kadden, Kamen.

Suche für unsere 15jäh-

rige Tochter

Stelle im Haushalt.

wo diese unter Leitung

der Hausfrau angelernt

wird. 2505

Vergtamen, Moonstr. 57.

Suche Stellung

beim Landwirt, 15 Jahre

alt, war 1 Jahr beim

Landwirt. 2591

Willi Josch

Vergtamen,

Hohenzollernstr. 144.

Eine milchgebende

Ziege

zu verkaufen. 2613

Bahnhofstr. 6.

Kopierpresse

möglichst mit Tisch zu

kaufen gesucht. 2603

Angebote bitte bei der

Kamener Ztg. abgeben.